



**Nicola Beer**  
Stv. Bundesvorsitzende

**Freie  
Demokraten**  
**FDP**

Sehr geehrter Herr Bechtold,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Europawahl 2019, deren Eingang wir bereits bestätigt hatten.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

Flucht/Migration: sichere Fluchtwege, europäische Solidarität

2018 starben mehr als 2.200 Menschen im Mittelmeer auf dem Weg nach Europa. Wie wollen Sie sich auf EU-Ebene für sicherere Fluchtwege einsetzen und europäische Staaten dazu bringen, die Verantwortungen der Migration in Europa unter sich aufzuteilen?

Wir Freie Demokraten wollen politisch und religiös Verfolgten ohne Wenn und Aber Asyl gewähren. Diesen Menschen muss es möglich sein, auf sicherem Wege nach Europa zu kommen, ohne sich auf eine lebensgefährliche und illegale Reise zu begeben und dabei in die Hände von Menschenhändlern zu geraten. Daher möchten wir es ermöglichen, Asylanträge auch bereits im Ausland zu stellen.

Ein Visum aus humanitären Gründen sollte nach Schweizer Vorbild ebenfalls erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind. Dazu müssen im europäischen Recht eindeutige Regelungen verankert werden.

Wir Freie Demokraten befürworten die Einrichtung humanitärer Schutzzonen unter der Aufsicht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und/oder der Europäischen Union (EU), im Einvernehmen mit den jeweiligen Staaten und mit Finanzierung der EU. In solchen (offenen)

Schutzzonen sollen Flüchtlinge sicher sein vor bewaffneten Konflikten, Gewaltanwendung und anderen Menschenrechtsverletzungen. Insbesondere in Nordafrika können solche Zonen dazu dienen, ankommende Flüchtlinge von den dort derzeit teils unmenschlichen Bedingungen zu befreien und ihnen vorübergehend Obhut zu bieten. Außerdem könnten dort, nach Vorbild der EU-Hotspots, noch vor einer Einreise nach Europa Asylverfahren durchgeführt werden, nach deren Abschluss Schutzberechtigte auf legalem und geordnetem Wege nach Europa einreisen können und auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Entsprechende Verfahren sollten vor Ort durch das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) durchgeführt werden.

Wir wollen in der EU ein System mit humanen, fairen Regeln, das gleichzeitig steuert und ordnet. Im Rahmen eines einheitlichen europäischen Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrechts muss daher klar zwischen Flucht, Asyl und arbeitsmarktbezogener Einwanderung nach einem Punktesystem unterschieden werden. Dazu braucht es zudem eine europäische Sicherung der EU-Außengrenzen und einen europaweit fairen und solidarischen Verteilungsschlüssel für die Aufnahme von Flüchtlingen.

Für die Berechnung zur Verteilung in der Europäischen Union sind Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der konkreten Entscheidung über die Verteilung einzelner Migranten sollen auch im Rahmen der Kontingente Kriterien wie familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden, um die Integration zu unterstützen. Soweit Mitgliedstaaten aus wichtigem Grund nicht zur Aufnahme in der Lage sind, werden die Flüchtlinge auf andere Mitgliedstaaten mit der Maßgabe aufgeteilt, dass der nicht aufnehmende Staat die Kosten der Aufnahme übernimmt. Unter bestimmten Voraussetzungen sollte es einzelnen Mitgliedstaaten im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedstaaten allerdings möglich sein, das Kontingent der ihnen zugeteilten Flüchtlinge zu reduzieren, etwa bei einem verstärkten Engagement bei der Kontrolle der EU-Außengrenzen oder einer besonderen finanziellen Unterstützung anderer Mitgliedstaaten bei deren Flüchtlings- und Asylpolitik. Bis zur Einrichtung eines neuen Systems sollen Mitgliedstaaten, die mehr Flüchtlinge aufnehmen, als sie müssten, aus dem EU-Haushalt Entlastungszahlungen erhalten.

### Unternehmensverantwortung/Kinderarbeit

Weltweit gibt es 168 Millionen Kinder, die, anstatt die Schule zu besuchen, in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen gefangen sind. Diese schädigen ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung und sind zum Teil lebensgefährlich. Diese inakzeptablen Verhältnisse werden dadurch verstärkt, dass durch Kinderarbeit produzierte Produkte hier nach Europa importiert werden. Was werden Sie unternehmen, um allen Kindern ein kindgerechtes Leben zu ermöglichen?

Wir Freie Demokraten stehen für Menschenrechte weltweit und setzen uns für gleiche Lebenschancen aller Menschen ein. Die Achtung von Menschenrechten sowie die Einhaltung von internationalen Vereinbarungen in Bezug auf ökologische und soziale Standards bei der Produktion von Gütern weltweit müssen in unserer globalisierten Welt einen hohen Stellenwert genießen. Kein deutsches Unternehmen und kein Konsument möchte Produkte aus menschenverachtender Herstellung. Wir Freie Demokraten wissen um das Verantwortungsbewusstsein der deutschen Unternehmen und sind davon überzeugt, dass sowohl für Konsumentinnen und Konsumenten als auch Unternehmen die Entscheidung über den Erwerb von Produkten maßgeblich von der Achtung von Menschenrechten, Lebensgrundlagen von Menschen, aber auch von sozialen und ökologischen Standards bei der Herstellung abhängt.

Wenn Menschenrechte weltweit besser geachtet werden und Arbeitsbedingungen sowie die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards verbessert werden sollen, dann geht dies nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern. Wir setzen uns für einen eigenverantwortlichen Zertifizierungsmechanismus auf europäischer Ebene ein, der es Zulieferern auch in Drittländern ermöglicht, ihre Produktion zertifizieren zu lassen, um Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen eine aufgeklärte Entscheidung zu ermöglichen.

Bildung: politische Bildung, globales Lernen

Politische Bildung für alle Menschen unabhängig von sozialer Herkunft ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft und eines vereinten Europas. Wie kann auf europäischer Ebene ein politisches Bildungsprogramm realisiert werden, dass möglichst viele Menschen erreicht?

Niemand wird als Demokrat geboren, sondern Demokratie ist eine Lebensform, für die Kulturtechniken des Zuhörens, des sachlichen Widerspruchs und kollektiver Entscheidungen erlernt werden müssen. Auch zur Wahrnehmung ihrer Rechte und ihrer Partizipationschancen benötigen Bürgerinnen und Bürger bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten. Deshalb wollen wir die politische Bildung stärken.

Europa soll ein Kontinent der besten Bildungschancen sein, gerade für junge Menschen. Wer die Chancen in Europa nutzen können soll, muss Europa kennenlernen können. Und das so früh wie möglich. Wir wollen deshalb, dass EU-Bürgerinnen und EU-Bürger Bildungsangebote in jedem EU-Land ihrer Wahl wahrnehmen können. Das muss für die Menschen genauso erfahrbar werden wie das Reisen ohne Schlagbäume. Deswegen fordern wir die Einführung einer neuen Grundfreiheit – der Bildungsfreizügigkeit! Ob im Schüleraustausch in Frankreich, der Berufsausbildung in Schweden, im Studium in Polen oder im Freiwilligendienst in Malta – Europa soll schon früh

mit all seinen Facetten, Kulturen und Eigenheiten erfahrbar sein. Wer andere Länder so erlebt, beginnt sie zu lieben – und Europa wächst zusammen.

Zudem fordern wir Freie Demokraten bis zu einer bestimmten Altersgrenze Free Interrail. Denn Reisen ist das beste Mittel gegen Vorurteile. Alle jungen Menschen sollen Europa im wahrsten Sinne des Wortes „erfahren“ können. Viele junge Menschen, die sonst nicht die Chance dazu hätten, sollen erleben können, was Europa ist.

Wir Freie Demokraten wollen, dass die gemeinsamen europäischen Werte, die europäische Kultur und Geschichte einen wesentlichen Bestandteil im Bildungskanon aller Bildungsformen bilden sollen. Das Europa, wie wir es heute kennen, ist das Ergebnis von mehr als 2.000 Jahren gesellschaftlicher, kultureller und politischer Entwicklung. Ein gemeinsames europäisches Geschichtsbuch unter Berücksichtigung der kulturellen und historischen Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der Mitgliedsländer unterstützen wir.

Die politische Erwachsenenbildung beginnt in Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten. Sie bedarf, soweit sie nicht Lerninhalt ist, einer Kultur der offenen Debatte und des zivilen Widerspruchs. Wir Freie Demokraten unterstützen wir die Einrichtung von digitalen Bildungsplattformen, zu der alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem formellen Bildungsgrad, Zugang bekommen sollen. Die Digitalisierung ist eine historische Chance, Wissen und Bildung weit über Klassenräume und Lehrsäle hinaus zugänglich zu machen. Nach dem Vorbild der „Open University“ sollten digitale Bildungsplattformen in allen Sprachen der Europäischen Union ihre Bildungsinhalte in Form von „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) über das Netz zur Verfügung stellen. Ziel der europäischen Förderung von Bildungsplattformen muss insbesondere sein, ihren Nutzern europabezogene Inhalte zu vermitteln – auch zur politischen Bildung.

## Klima

Nordamerika und Europa haben weltweit den größten ökologischen Pro-Kopf-Fußabdruck. Jedoch sind die Folgen des Klimawandels in Ländern des Globalen Südens momentan am meisten spürbar. Wie sorgen Sie dafür, dass die Länder im Globalen Süden, die jetzt schon unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden, von der EU als Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen, entschädigt und unterstützt werden?

Wir Freie Demokraten wollen Klimapolitik europäisch aus einem Guss gestalten. Wir bekennen uns zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und zum Pariser Klimaabkommen. Das Ziel des Pariser Abkommens ist es, den menschengemachten Anteil am Klimawandel zu minimieren, um eine möglichst geringe Erwärmung zu erreichen. Dazu sollen europa- und weltweit die CO<sub>2</sub>-Emissionen massiv reduziert werden. Wir Freie Demokraten stehen zu dieser Zielsetzung. Wirkungsvolle Klimapolitik erfordert jedoch den

Einsatz der gesamten Weltgemeinschaft. Zentraler Ansatzpunkt ist für uns ein schneller Einstieg in ein effektives internationales System, das weltweit Anreize zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Sektoren setzt. Dafür muss sich europäische Politik künftig mit aller Kraft einsetzen, wenn wirklich etwas erreicht werden soll.

Im Pariser Abkommen haben sich die Vertragsstaaten verpflichtet, ihre CO<sub>2</sub>-Minderungsziele (NDCs; National Determined Contributions) regelmäßig zu erhöhen. Deutschland hat allerdings kein eigenes Ziel, sondern ist am gemeinsamen NDC der Europäischen Union beteiligt. Die NDCs müssen allerdings nicht zwangsläufig durch Emissionsminderungen innerhalb der eigenen Grenzen erreicht werden, denn Artikel 6 des Abkommens sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, Projekte in anderen Staaten zu finanzieren und die entsprechenden Treibhausgasreduktionen auf die eigenen Ziele anzurechnen. Eine Doppelanrechnung ist dabei ausgeschlossen. Bisher verzichtet die EU jedoch freiwillig auf die Nutzung dieser Möglichkeit. Da es für das Klima irrelevant ist, an welcher Stelle CO<sub>2</sub> eingespart wird, wollen wir bei höheren Zielen künftig die Möglichkeit eröffnen, diese im Sinne einer ökonomisch effizienten Klimapolitik auch über Maßnahmen nach Artikel 6 des Pariser Abkommens zu erreichen. Der sogenannte Clean Development Mechanism (CDM) bietet die Möglichkeit dort, wo der Euro die höchste Effizienz bietet, Klimaschutz zu betreiben. Deshalb fordern wir Freie Demokraten, diese Möglichkeit, anders als bisher von der EU geplant, über das Jahr 2020 hinaus aufrechtzuerhalten. Punktuelle Verbesserungen, zum Beispiel durch eine bessere Kontrolle der einzelnen Maßnahmen, sind dabei notwendig. Neben der tatsächlichen Klimaschutzwirkung ist dabei verstärkt auch auf die Situation der Menschenrechte vor Ort zu achten.

Wir Freie Demokraten setzen uns zudem für Aufforstung, den Schutz bestehender Wälder und eine klimaschonende Landnutzung auch als Klimaschutzmaßnahmen ein. Um die Klimaveränderungen in Grenzen zu halten, müssen wir auch auf die organische CO<sub>2</sub>-Speicherung durch Wald setzen. Wälder sind das effizienteste und günstigste Mittel, CO<sub>2</sub> aus der Luft zu binden. Darüber hinaus können Waldschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern ein Mittel im Rahmen des REDD+-Konzepts des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) sein. Allerdings fordern wir, diese auch tatsächlich im Feld und nicht nur auf dem Papier umzusetzen. Hierbei denken wir insbesondere an Regenwaldholz. Illegale Importe müssen sanktioniert werden.

### Jugendpartizipation

Bei der letzten Europawahl 2014 haben gerade einmal 39,6% der unter 21-jährigen Wahlberechtigten und 35,3% der 21-24-jährigen ihr Kreuz gesetzt. Was für Partizipationsmöglichkeiten planen Sie für diese Zielgruppe und wie wollen sie junge Menschen stärker in den EU-Diskurs einbinden?

Wir Freie Demokraten wollen eine stärkere Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Mandatsträgern im Parlament. Daher fordern wir die Einrichtung von mehr digitalen Beteiligungsformen auf der Basis eines elektronischen Personalausweises für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Hierzu sind Online-Befragungen und Diskussionsforen sowie direkte Kontakte zu Politikerinnen und Politikern über soziale Medien vielversprechend. In einem späteren Schritt lassen sich hiermit auch politische Befragungen und Abstimmungen in Ergänzung der Europawahlen digital durchführen und die Hürden für eine erfolgreiche EU-Bürgerinitiative abbauen.

Wir wollen mehr und neue Formate, in denen die Bürgerinnen und Bürger über Europa diskutieren können. Formate wie Bürgerdialoge, Hausparlamente und demokratische Konvente sollen von der Europäischen Union gefördert werden, ohne dass inhaltliche Themen vorgegeben werden. Außerdem wollen wir eine regionale Ausgewogenheit herstellen und lokale Organisationen einbeziehen, um pluralistische Veranstaltungen zu erreichen, in denen der Dialog im Mittelpunkt steht. Freidemokratische Mandatsträger auf europäischer Ebene verstehen derartige Diskussionsforen als Bereicherung und Rückbindung ihrer Tätigkeit. In diesem Zusammenhang wollen wir auch mit pro-europäischen Gruppen und Bürgerbewegungen zusammenarbeiten, die solche Dialoge veranstalten.

Wir wollen auch das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in einem gemeinsamen europäischen Bewusstsein stärken und fördern. Wir wollen daher die guten Erfahrungen des Deutsch-Französischen Jugendwerks auf die europäische Ebene übertragen und ein Europäisches Jugendwerk einrichten. Dieses soll den bi- und multilateralen Austausch von Kindern und Jugendlichen in der Europäischen Union fördern und unterstützen.

Wir wollen einen EU-Binnenmarkt für gemeinnützige Organisationen. Diese Organisationen schaffen in Europa Raum für zivilgesellschaftliches Wirken und stärken das politische Engagement der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Rund 146.000 Stiftungen und eine noch größere Zahl von Vereinen und Förderern sind in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Wissenschaft und Kultur aktiv und setzen eine Reihe von Projekten und Aktivitäten für das Gemeinwohl um. Doch EU-grenzüberschreitend ist die Anerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus, von Spendenquittungen und Kooperationen noch immer problematisch. Wir wollen daher einen Europäischen Binnenmarkt schaffen, der die noch bestehenden Hürden für grenzüberschreitende Förderungen und Kooperationen abbaut. Im Zuge dessen fordern wir auch die Schaffung eines europäischen Vereinsrechts als zusätzliche Alternative zu nationalen Vereinsformen.

Wir fordern zudem bis zu einer bestimmten Altersgrenze Free Interrail. Denn Reisen ist das beste Mittel gegen Vorurteile. Alle jungen Menschen sollen Europa im wahrsten Sinne des Wortes „erfahren“ können. Viele junge

Menschen, die sonst nicht die Chance dazu hätten, sollen erleben können,  
was Europa ist.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Europawahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Nicola Beer". The signature is stylized and cursive.

Nicola Beer MdB  
Staatsministerin a.D.  
Spitzenkandidatin zur Europawahl

Freie Demokratische Partei  
Hans-Dietrich-Genscher-Haus  
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-261  
[programm@fdp.de](mailto:programm@fdp.de)  
[www.fdp.de](http://www.fdp.de)

